

Apropos 41:

Selbstbestimmungsrecht der Völker? Welch ein Unsinn!

Werden wir richtig informiert? Nur wenn wir den Guru unserer eigenen individuellen Vernunft in der richtigen Weise wirksam werden lassen. Das heißt: wenn wir uns um die nötigen Informationen bemühen und sie *denkend* verarbeiten. Sonst laufen wir Gefahr, von Medien, Behörden oder auch Wissenschaftlern (manchmal absichtlich) in die Irre geführt zu werden. So wie es zum Beispiel George W. Bush und seine Regierung – nicht nur beim Irakkrieg – sozusagen notorisch tun, was an dieser Stelle immer wieder belegt worden ist.

Regierung Bush: «mindestens 935 Falschaussagen»

Das ist nun auch sozusagen wissenschaftlich festgehalten worden: Auf einer Website dokumentieren Charles Lewis und Mark Reading-Smith vom Center for Public Integrity, einem Institut in Washington, das sich mit ethischen Fragen des Regierungshandelns beschäftigt, dass George W. Bush und seine Regierungsmitglieder in den zwei Jahren nach den Attacken auf das World Trade Center und das Pentagon bei Hunderten von Gelegenheiten «mindestens 935-mal Falschaussagen» zum Irak verbreitet haben¹, so dass «die Medien zum Opfer einer großangelegten regierungsamtlichen Kampagne geworden»² seien. Der Bericht spricht von «orchestrierten Lügen auf dem Weg zum Krieg». Die US-Regierung hat ihre «Statements immer wieder damit verteidigt, dass sie «auf den damals verfügbaren Geheimdienstinformationen» beruht hätten. Laut *New York Times* ist inzwischen allerdings belegt, dass «zumindest einige der Behauptungen in klarem Widerspruch zu den seinerzeitigen Geheimdienstberichten gestanden» haben. Die Untersuchung zeigt auf, dass «die Falschaussagen «methodisch» in Umlauf gebracht wurden, um die öffentliche Meinung zu manipulieren»³. Mit dieser Kampagne, so die Autoren der Studie, habe «die Bush-Regierung die Nation letztlich unter Vortäuschung falscher Tatsachen in den Irak-Krieg geführt». «Spitzenreiter im Verbreiten von Fehlinformationen» waren Bush und sein damaliger Außenminister Colin Powell «mit 260 und 254 bewussten Falschaussagen»; danach rangieren Vizepräsident Dick Cheney, die ehemalige nationale Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice und Ex-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld. Diese Dokumentation wirft auch die Frage auf, unter welchen gesellschaftlichen und medialen Rahmenbedingungen «professionelles Lügen» selbst dann ungeahndet bleibt, wenn die Akteure dabei erwischt werden. Präsidenten wie Nixon und Johnson haben noch aufgrund des Drucks der Medien und der Öffentlichkeit ihre Ämter verloren, George W. Bush geriet weit weniger in Bedrängnis, auch wenn er seinen Ruf – wohl auch für

die Geschichte – ramponiert hat. Wenn noch ein letzter Rest von Glaubwürdigkeit gerettet werden soll, müsste der Herr spätestens dann vor ein Kriegsverbrecher-Tribunal gestellt werden, wenn er sein Präsidentenamt niederlegt (nach den üblichen Gepflogenheiten sind Amtsträger juristisch immun). Geschieht das nicht, so setzt sich mit einem Blick auf den ehemaligen jugoslawischen Präsidenten Milosevic gerade bei jungen Erdenbürgern mit Recht der Eindruck fest: Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen.

Deutsches Bundesverwaltungsgericht: Irakkrieg völkerrechtswidrig

Das gilt umso mehr, als das deutsche Bundesverwaltungsgericht Bushs Intervention im Irak ausdrücklich als völkerrechtswidrigen Angriffskrieg bezeichnet hat⁴. Ganz davon abgesehen, dass besagter Herr bekanntlich versucht hat, mehrere Mitglieder des UN-Sicherheitsrats zu erpressen, falls diese gegen den Irakkrieg stimmen, wie aus geheimen Dokumenten hervorgeht, die die spanische Zeitung *El País* im letzten Herbst veröffentlicht hat⁵. Die deutschen Bundesrichter machten klar, «dass es keinerlei Verpflichtungen der Bundesrepublik gegenüber der Nato gebe, entgegen der UN-Charta und dem geltenden Völkerrecht völkerrechtswidrige Handlungen von NATO-Partnern zu unterstützen». Die umfangreiche völkerrechtliche Würdigung des Irak-Kriegs und der deutschen Unterstützungsleistungen hielten die Richter in einem Urteil fest, mit dem ein Major der Bundeswehr freigesprochen worden war. Er hatte im April 2003 den Befehl verweigert, an der weiteren Entwicklung eines militärischen Software-Programms mitzuwirken.» Dabei ging es nicht einmal um eine Mitwirkung der deutschen Bundeswehr am Irakkrieg, sondern «nur» darum, dass die deutsche Bundesregierung den USA und Großbritannien unter anderem Überflugrechte und den Schutz ihrer Einrichtungen auf deutschem Boden zugesichert hatte.⁶

515,4 Milliarden Dollar für die Armee – in einem Jahr!

Zum Abschied als Präsident legt George W. Bush noch ein faules Ei ins Körbchen des Kongresses: Er will den Verteidigungshaushalt auf Rekordniveau anheben – und nimmt dafür ein riesiges Defizit in Kauf. Für Militäreinsätze im Irak und in Afghanistan plant Bush allein 70 Milliarden Dollar – für vier Monate! – ein⁷. Die amerikanische Regierung gedenkt im kommenden Haushaltsjahr, das am 1. Oktober beginnt, zum ersten Mal mehr als drei Billionen Dollar (gut zwei Billionen Euro) auszugeben: 3 100 000 000 000 \$ für Amerika – in einem Jahr! Das Bud-

getdefizit, das 2007 rund 163 Milliarden Dollar oder 1,2 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) betragen hat, wird kräftig anschwellen und sowohl in diesem als auch im kommenden Jahr mehr als 400 Milliarden Dollar hoch sein. Das entspricht 2,9 (2008) beziehungsweise 2,7 (2009) Prozent des BIP. Darin ist eine massive Neuverschuldung des Staates vorgesehen. Gleichwohl hält Bush in seinem letzten Etat daran fest, durch Ausgabenkürzungen in Milliardenhöhe und das Einfrieren einzelner Budgets den Haushalt bis 2012 auszugleichen. Den Verteidigungshaushalt der USA will er um 7,5 Prozent auf 515,4 Milliarden Dollar erhöhen. Das ist der – inflationsbereinigt – größte Verteidigungsetat seit dem Zweiten Weltkrieg. Darin sind die Kosten für die Konflikte in Afghanistan und dem Irak noch nicht einmal enthalten. Dafür zusätzliches Geld für den diplomatischen Dienst, wo rund 1100 neue Mitarbeiter eingestellt werden sollen. Das Verteidigungsministerium kann mit rund 7 Prozent mehr Geld rechnen als im laufenden Jahr. 184 Milliarden Dollar sollen in eine Modernisierung der Streitkräfte und 20 Milliarden in eine Vergrößerung des Heeres und der Marineinfanterie fließen. Diese beiden Teile der Armee sind in Afghanistan und dem Irak den schwersten Belastungen ausgesetzt. Zusätzlich nötig sein werden rund 70 Milliarden Dollar für das Militäengagement im Irak und in Afghanistan – für die vier Monate, bis der oder die Neue das Zepter übernimmt. Das Defizit würde mit 410 Milliarden Dollar mehr als doppelt so groß sein wie 2007, als es 163 Milliarden Dollar betrug. Es bliebe damit jedoch unter den 413 Milliarden Dollar im Jahr 2004, dem bislang höchsten der Geschichte. Damit das Defizit nicht noch größer wird, sollen fast alle Sozialprogramme eingefroren und einige gekürzt werden. Einsparungen sollen vor allem durch einen langsameren Anstieg der Ausgaben in den beiden staatlichen Krankenversicherungen für Senioren und für Bedürftige erzielt werden. Über fünf Jahre gesehen sollen für Medicare und Medicaid zusammen rund 200 Milliarden Dollar weniger ausgegeben werden, als nach aktuellen Schätzungen zu erwarten ist. Das soll vor allem dadurch gelingen, dass die Zahlungen an Krankenhäuser, Ärzte und Pflegeheime für drei Jahre auf dem aktuellen Niveau eingefroren werden. Der Etat des Gesundheitsministeriums soll um rund zwei Milliarden Dollar oder rund drei Prozent gekürzt werden. Auf Kürzungen müsste sich auch das Bildungsministerium einstellen. Bush dringt aber darauf, die während seiner ersten Amtszeit eingefädelt Steuerenkungen dauerhaft zu gewähren. Viele von ihnen sind bisher bis zum Jahr 2010 befristet. George W. Bush ist aber trotz allem sehr sparsam: Den letzten Haushaltsentwurf seiner Amtszeit ließ er erstmals nicht ausdrucken. Bush sparte damit die Kosten für etwa 3000 Kopien des Haushaltsplans ein, die bislang kostenlos an die politische Klasse in Washington verteilt wurden. Vertreter der Demokratischen Partei scherzten, Bush sei

angesichts des 3,1-Billionen-Dollar-Haushalts und des 400-Milliarden-Defizits die rote Tinte ausgegangen...

«Geld für Krieg, aber nicht für Kinder»

«Unser Budget schützt Amerika und fördert das wirtschaftliche Wachstum», meinte der Noch-US-Präsident abschließend bei einem Treffen mit seinen Ministern. Was er dabei nicht sagte: Das Ganze ist erst ein Entwurf, der noch vom Kongress beschlossen werden muss; denn dieser hat die Finanzhoheit. Da die Demokraten jetzt dort die Mehrheit haben, wird es noch Änderungen geben. Der demokratische Senator Kent Conrad, der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Senat ist, hat bereits festgestellt: «Dieser Entwurf geht auf Kosten der Mittelschicht, begünstigt die Reichen und setzt Prioritäten, die nicht die Prioritäten der amerikanischen Bürger sind.»⁸ Die Ausgaben fürs Militär werden sich die Demokraten kaum zu kürzen getrauen. Aber die Einsparungen bei den Sozialausgaben werden sie wohl – zumindest teilweise – zurücknehmen. So dass das Defizit in diesem Jahr einen Rekord erreichen und die bisherige Höchstmarke von 413 Milliarden Dollar aus dem Jahr 2004 noch übertreffen könnte. Das gilt besonders dann als wahrscheinlich, wenn die amerikanische Wirtschaft tatsächlich in eine Rezession gleiten sollte und die Steuereinnahmen sinken. Die nicht gerade als parteipolitisch «links» bekannte *Neue Zürcher Zeitung* hat die Politik von George W. Bush schon im letzten Herbst auf den Punkt gebracht: «Die USA haben Geld für Krieg, aber nicht für Kinder.»⁹ Damals ging es um eine Vorlage zur Ausdehnung des Programms zur staatlichen Gesundheitsversicherung für Kinder aus ärmeren Familien. Für solches, argumentierte Bush, sei kein Geld da, für den Krieg aber müsse dieses vorhanden sein. Der notorisch und «methodisch» lügende Präsident der USA hat die Politik für seine Hintermänner und Financiers konsequent und schamlos durchgezogen: Von Bill Clinton hat er einen einwandfreien Haushalt mit großen Überschüssen übernommen. Seinen Nachfolgern hinterlässt er marode Finanzen mit einem riesigen Schuldenberg, der noch einige Jahre kaum Spielraum für soziale Programme lassen wird. Hauptsache: Die (Inter)Nationale der Abzocker konnte sich während seiner Amtszeit sanieren...

Kriegsverbrecher als Berater...

Apropos Irakkrieg und Falschaussagen: Was für Bush gilt, gilt auch für sein «Schoßhündchen» Tony Blair. Nach den erwähnten Kriterien muss der Neu-Katholik¹⁰ genauso als mutmaßlicher Kriegsverbrecher gelten. Umso mehr erstaunen Meldungen, wonach er nach seinem Rücktritt als britischer Ministerpräsident nicht nur vom «Nahost-Quartett» (USA, Russland, UNO und EU) als «Sondergesandter», sondern von gewissen Firmen auch als Berater engagiert wird. So gab ihm die Investmentbank JP Morgan einen Beratervertrag; Experten schätzen, dass Blair dafür ein Jahres-

gehalt von rund einer Million Dollar erhält. Ebenfalls als Berater engagiert ihn der Versicherungskonzern Zurich Financial Services Group, bei dem er den Chef James J. Schiro auf den richtigen Kurs bringen soll. Zudem soll er das Unternehmen im Rahmen der angekündigten Klimainitiative unterstützen.¹¹ Die Frage ist nur, ob die Versicherungskunden wirklich ein Produkt wollen, bei dem ein methodisch lügender Kriegsverbrecher seine schmutzigen Finger drin gehabt hat ...

Anzumerken bleibt, dass die Methoden von Blairs Nachfolger Gordon Brown offenbar nicht viel sauberer sind: «Die Enthüllung eines militärischen Geheimplans hat die Beziehungen zwischen Großbritannien und Afghanistan schwer beschädigt.» Die Briten sollen versucht haben, «ein Trainingscamp für Taliban-Milizen in Afghanistan aufzubauen, um die Kämpfer auf ihre Seite zu ziehen. Für bis zu 2000 Taliban-Rekruten soll berufliche Weiterbildung und militärisches Training in dem Lager geplant gewesen sein. Vertreter der afghanischen Regierung zeigten sich empört, dass sie in die Planung nicht einbezogen waren.»¹² Für den britischen Premierminister Gordon Brown ist die Enthüllung besonders unangenehm und entlarvend, da er noch im Dezember verkündet hatte: «Unser Ziel ist es, die Aufständischen zu besiegen, indem wir ihre Anführer isolieren und beseitigen. Wir werden mit diesen Leuten keine Verhandlungen aufnehmen.»

Wie «Womanizer» Nicolas Sarkozy das eigene Volk desavouiert

Wohl nur der Gnade der späten Wahl hat es der «neue» Präsident Frankreichs zu verdanken, dass er nicht in die Kriegsverbrecherproblematik verwickelt worden ist, denn die politischen Methoden von Nicolas Sarkozy folgen dem Muster von Bush und Blair. So hat er dafür gesorgt, dass das französische Parlament den EU-Reformvertrag ratifiziert und damit das eigene Volk desavouiert. Denn die Franzosen haben vor zwei Jahren die EU-Verfassung in einer Volksabstimmung klar abgelehnt. Zur nur unwesentlich nachgebesserten Version dürfen sie sich nun nicht mehr äußern. Dabei wünschen über 60 Prozent der Franzosen laut einer Umfrage der britischen *Financial Times* erneut eine Volksabstimmung über den Vertrag; bei den Briten, den Deutschen und den Italienern sind es sogar über 70 Prozent, die darüber abstimmen möchten. «Erdrückende Mehrheiten eigentlich», meint die NZZ. Und: «Wer seine Bürger ignoriert, der wird auf die Dauer auch als EU-Politiker sein Glück nicht finden.»¹³ Eine andere Beobachterin stellt fest: «Die demokratische Frustration rund um den neuen EU-Vertrag wird bleiben und wachsen. Sie wird das Misstrauen der Basis gegen die Elite verstärken. Und sie wird das Vertrauen in die EU weiter aushöhlen.»¹⁴ Ebenso methodisch, wie Bush und Blair die Öffentlichkeit in Bezug auf den Irakkrieg manipuliert haben, inszeniert der «Womanizer aus dem Elysée-Palast» – wie ihn das deut-

sche Nachrichtenmagazin *Focus* etikettiert¹⁵ – sein Privatleben als Teil seiner politischen Karriere. «Symptomatisch sind die Termine, die er für die Bekanntgabe der jüngsten drei privaten Ereignisse gewählt hat: Auf dem Höhepunkt des ersten nationalen und stark befolgten Streiks gegen seine Politik sozialer Streichungen gibt er im Oktober seine Scheidung bekannt. Am Tag nach dem umstrittenen Besuch von Diktator Gaddafi in Paris tritt er im Dezember öffentlich mit einer neuen Geliebten auf. Und am Wochenende vor der Versammlung des Kongresses in Versailles, der das «Non» der Franzosen «korrigieren» soll, organisiert er seine Hochzeit. Das sind durchsichtige Ablenkungsmanöver. In jedem Fall kann Sarkozy gewiss sein, dass sein Privatleben die Schlagzeilen beherrschen und die anderen Themen in den Hintergrund drängen wird.»¹⁴ Entscheidend ist: «Sarkozy will das soziale Sicherungssystem, das Arbeitsrecht und ein Steuersystem, das ein Stück sozialer Umverteilung bringt, aushöhlen. Bei diesen Aufgaben wird er von sämtlichen EU-Regierungen unterstützt – zuvorderst von Bundeskanzlerin Merkel. Sie alle finden, dass Frankreich unbedingt und dringend den anderen EU-Ländern angepasst werden muss. (...) Während Sarkozy sich trennt, turtelt, sich verliebt und wieder verheiratet; während er sich im Urlaub von Milliarden aushalten lässt, während er joggt und während er Verbalattacken gegen die Europäische Zentralbank reitet, steigt Nebel auf. Die Medien berichten über seine Schau. Aber dahinter geht die Politik umso ungestörter weiter. Der Sozialkahlschlag unter dem hyperaktiven Präsidenten Sarkozy schreitet rasant voran. Das zu gewährleisten, ist die eigentliche Aufgabe der Sarko-Schau.»¹⁶

Warum das Nationalitätenprinzip reaktionär und antichristlich ist

Politik in dieser Art wird auch in der unmittelbaren Zukunft zu einem potentiell äußerst gefährlichen Entscheidung führen: Die kürzlich neu gewählte Regierung des Kosovo wird – forciert von den USA und dem größeren Teil der EU – einseitig die Unabhängigkeit von Serbien proklamieren, noch bevor diese *Europäer*-Nummer bei den Lesern ist. Gewiss, das Milosevic-Regime hat die Kosovo-Albaner bis aufs Blut gequält, so dass der Wunsch, nie mehr so etwas erleben zu müssen, an sich völlig verständlich ist. Die Frage ist nur, ob eine Unabhängigkeitserklärung das Problem wirklich löst oder nicht gerade neue, noch schlimmere schafft – im Extremfall bis hin zu einem Brand des ganzen Balkans. Denn sie «könnte auch andere Volksgruppen auf die Idee bringen, einen eigenen Staat und neue Grenzen zu fordern. (...) Die Serben der Republika Srpska werden ein unabhängiges Kosovo als Präzedenzfall reklamieren, denn auch sie fordern das Recht auf Sezession von einem Staat. (...) Das wiederum könnte eine Kettenreaktion in Mazedonien und Montenegro auslösen, was am Ende alle Grenzen auf dem Balkan infrage-

stellen würde.»¹⁷ Montenegro z.B. «würde nicht nur die von Albanern und Bosniaken besiedelten Regionen, sondern auch die serbischen Gebiete im Norden verlieren. Dort sind serbische und bosniakische Bevölkerungsgruppen allerdings so sehr vermischt, dass kriegerische Auseinandersetzungen bei den erforderlichen Umsiedlungen nicht zu vermeiden wären.» Die Grenzverschiebungen würden auch Staaten betreffen, die bereits der EU angehören, etwa Griechenland oder Slowenien. Aber selbst bei einer umfassenden Revision der Grenzen blieben die Ansprüche etlicher Minderheiten unberücksichtigt. «Man denke etwa an die Goraner (Goranci), eine slawofone muslimische Minderheit, die vorwiegend im Südwesten des Kosovo lebt, oder die Ruthenen im kroatischen Ost-Slawonien oder die Arumanen (Walachen) in Mazedonien, Albanien und Griechenland.» Alle nationalen Fragen durch neue Grenzen regeln zu wollen, ist eine völlig illusionäre – und reaktionäre – Idee, weil nach ethnischen Kriterien festgelegte Grenzen keineswegs per se «gerecht» sind. «Die historischen Erfahrungen in der Balkanregion zeigen, dass es zu endlosen Konflikten und Zusammenstößen kommt, sobald die verschiedenen Völker ihre Ansprüche in die Forderung nach eigener Staatlichkeit übersetzen.»¹⁷ Darauf hat bereits vor 90 Jahren Rudolf Steiner, der im damaligen Ungarn und heutigen Kroatien geboren wurde, hingewiesen. Das vom damaligen amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson proklamierte «Selbstbestimmungsrecht der Völker» ist das Reaktionärste, was man sich denken kann: In alten Zeiten waren die Menschen «darauf angewiesen, Menschengemeinschaften aus der Blutsverwandtschaft heraus begründen zu lassen. Heute zu glauben, dass man nur zu übersetzen braucht das alte Blutsverwandtschaftsprinzip in die abstrakte Sprache und dass man sagen kann, indem man die Abstraktheit in «Vierzehn Punkte» kleidet: Jedem einzelnen, auch dem kleinsten Volke sein Selbstbestimmungsrecht! – man muss Woodrow Wilson in seiner Weltfremdheit, in seiner Abstraktheit sein, wenn man so etwas tun kann.»¹⁸ Heute beabsichtigen die ahrimanischen und luziferischen Mächte, dass «die Menschen verführt werden durch die Blutsverwandtschaft». Es sei «das beste Mittel, weiter zu waten» im «europäischen Chaos, wenn man Nationalstaaten gründet». In einem anderen Vortrag nennt Steiner das Nationalitätenprinzip sogar «das Antichristliche», das «gipfelt in der Phrase Woodrow Wilsons von dem Selbstbestimmungsrecht der Nationalitäten, während die einzige Realität in der Gegenwart nur sein könnte die Überwindung der Nationalismen, die Auslöschung der Nationalismen und das Ergriffenwerden der Menschen von dem allgemeinen Menschtum»¹⁹. Gerade auf dem Balkan, wo Dutzende von Völkern durcheinandergemischt sind, tut nicht ein abstraktes «Selbstbestimmungsrecht der Völker» not, sondern ein Selbstbestimmungsrecht des Menschen. Christus ist «nicht um irgendeiner Nationalität willen auf

der Erde erschienen, sondern um der ganzen Menschheit willen»¹⁸.

Boris Bernstein

P.S. Eine alte Volksweisheit meint: Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht... – usw. Wie ist das nun, wenn einer mindestens 932mal bewusst die Unwahrheit gesagt hat? Kann man dem plötzlich wieder glauben? Jedenfalls so verhalten sich zahlreiche Medienleute (und Politiker) in bezug auf die Ereignisse vom 11. September 2001. Wissenschaftlich nachgewiesen ist, dass George W. Bush und seine Crew das eigene Volk und die Weltöffentlichkeit – methodisch und systematisch! – so manipuliert haben, dass sie ihm (fast) widerspruchslos in den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak gefolgt sind. Dabei kamen Hunderttausende von Menschen um (darunter rund 4000 Amerikaner) oder wurden verletzt (darunter über 28 645 Amerikaner)²⁰. Und da soll es von vorneherein undenkbar sein, dass die offizielle Darstellung mit ihren eklatanten und bis heute nicht wirklich geklärten Widersprüchen nicht der Wahrheit entspricht? Gewisse Medienleute, die sich – aus welchen Gründen auch immer – bemüßigt fühlen, kritische Frager leichtfertig als «Verschwörungstheoretiker» abzuqualifizieren, werden sich vorsehen müssen, von der Geschichte als – mehr oder weniger geschickte – Meister der Desinformation entlarvt zu werden. Im übrigen macht doch jeder einfache Arbeiter die Erfahrung: Wer schmutzige Hände drückt, bekommt selber solche...

1 www.publicintegrity.org/WarCard/Default.aspx?src=home&context=overview&id=945

2 *Neue Zürcher Zeitung*, 1.2.2008.

3 www.nachrichten.t-online.de 24.1.2008.

4 BVerG 2 WD 12.04, Urteil vom 21.6.2005.

5 www.focus.de 26.9.2007.

6 www.tagesschau.de/inland/meldung164472.html 2.9.2005.

7 www.sueddeutsche.de 4.2.2008.

8 www.faz.net 4.2.2008.

9 *Neue Zürcher Zeitung*, 28.9.2007.

10 Siehe *Apropos* 41.

11 DPA-Meldung vom 28.1.2008.

12 *Süddeutsche Zeitung*, 5.2.2008.

13 *NZZ am Sonntag*, 21.10.2007.

14 www.taz.de 3.2.2008.

15 www.focus.de/politik/ausland/sarkozy_did_16792.html

16 www.taz.de 5.2.2008.

17 *Le Monde Diplomatique*, 11.1.2008.

18 Rudolf Steiner, GA 196, 6. Februar 1920.

19 Rudolf Steiner, GA 198, 3. April 1920.

20 Eine in der medizinischen Zeitschrift *The Lancet* veröffentlichte und von der Johns-Hopkins-Universität in Baltimore durchgeführte Studie geht von 392 979 bis 942 636 Todesfällen im Irak durch Kriegsfolgen aus. www.thelancet.com Oktober 11, 2006.